



Aktive Arbeitslose Österreich
Krottenbachstrasse 40/9/6
A-1190 Wien
ZVR 52272795
Tel.: +43 676 35 48 310
<http://cms.aktive-arbeitslose.at/>
www.aktive-arbeitslose.at
kontakt@aktive-arbeitslose.at

Regionalgruppe Kärnten
kaernten@aktive-arbeitslose.at

Aktive Arbeitslose Österreich / Argumentationsschrift und Stellungnahme zu Aussagen von Bundeskanzler Christian Kern

„Ziel ist Vollbeschäftigung bis 2020“

**Stellungnahme und Argumentation zu den Aussagen
von Bundeskanzler Mag. Christian Kern**

Dr. Mag. Stefan Risto-Donevič

Mag. Andrea Bugge

Eingereicht bei:

Bundeskanzleramt
Ballhausplatz 2
A-1010 Wien

Klagenfurt, 12.10.2016

Inhaltsverzeichnis

1 Was steht der Schaffung von 200.000 Arbeitsplätzen entgegen? - Argumentationen und Stellungnahmen	1
1.1 Der technologische Fortschritt: Automation, Robotik, Digitalisierung	1
1.2 Die unbezahlte Mitarbeit der Konsumenten: Latente Arbeit	4
1.3 Prekarisierung als Folge der Technologisierung	5
1.4 Kollaborativismus: kollaboratives Gemeingut in einer postkapitalistischen Ära	6
1.5 Arbeit, Arbeitsplätze, Arbeitsbeschaffung und Sinn der Arbeit	7
1.6 Wirtschaftswachstum: natürliche Begrenztheit und exponentielles Wachstum	9
2 „Kern“-Aussagen, politische Überlegungen und Forderungen	13
2.1 Politische Zielsetzungen und Überlegungen	13
2.2 Forderungen	16
2.2.1 Überlegungen und Forderungen im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt und dem Arbeitsmarktservice (AMS)	16
2.2.2 Stopp der medialen Hetze gegen Arbeitslose	20
2.2.3 Lebensmittelpreise müssen in Österreich gesenkt werden	20
2.2.4 Politiker-Gehälter sollen gekürzt werden	21
2.2.5 Sozialversicherungsrechtliche Verbesserungen für Freie Dienstnehmer schaffen	21
2.2.6 Die Wirtschaft muss an ihre Aufgaben erinnert werden	21
2.2.7 Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 30 bzw. 25 Stunden bei vollem Lohnausgleich	21
2.2.8 Bezahlung von ehrenamtlichen Tätigkeiten	22
2.2.9 Pensionversicherungsrechtliche Anrechnung von Studien und anderen Ausbildungszeiten	22
3 Wertewandel und die Gestaltung unserer Zukunft: Der Weg zum bedingungslosen Grundeinkommen	23
3.1 Schlussappell	25
3.2 Keine Problemlösungen bedeuten enorme Konsequenzen	26
Bibliographie	29

Der Einfachheit und leichteren Lesbarkeit halber werden in diesem Text männliche Substantive als allgemeine Form für Personenbezeichnungen verwendet. Sie gelten selbstverständlich gleichermaßen als männliche und weibliche Personenbezeichnungen.

**Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Mag. Kern,
Sehr geehrte Damen und Herren im Bundeskanzleramt,**

Aus diversen Medien wie der Presse war Folgendes zu erfahren:

„Bundeskanzler Christian Kern will bis zum Jahr 2020 an die 200.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Damit das gelingt, will der SPÖ Politiker die Wirtschaft ankurbeln und vor allem auch Langzeitarbeitslose besser qualifizieren. Außerdem möchte Kern die Ausbildungspflicht auf 25 Jahre ausdehnen und mehr Jobs für ältere Beschäftigte schaffen. Sobald die Wirtschaft es zulässt, kann sich der Regierungschef auch Steuersenkungen vorstellen. Zudem will Kern die Parteibasis in Zukunft öfter zu bestimmten Themen befragen.“¹

Viele dieser Aussagen sind leider sehr schlecht an die Bevölkerung zu „verkaufen“. Die Gründe und Argumente dafür führen wir in dieser Stellungnahme an. Wir, die Autoren, sind Langzeiterwerbsarbeitslose mit abgeschlossenen Universitätsstudien, mit mehr oder weniger Berufserfahrung, die teilweise einige prekäre Beschäftigungsverhältnisse miteinschließt. Als Mitglieder und Aktivisten des Vereins „Aktive Arbeitslose Österreich“ setzen wir uns zusammen mit anderen Mitgliedern für die Rechte von Arbeitslosen ein und tragen zum Aufbau einer unabhängigen Arbeitslosen-Gewerkschaft bei.

In diesem Text legen wir dar, warum die Absicht, 200.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen, nicht Realität werden kann. Dabei werden wir uns auch auf entsprechende wissenschaftliche Quellen beziehen, um die Argumente zu untermauern. Ein Fach- bzw. Sachliteraturverzeichnis rundet die Stellungnahme ab, um für alle Interessierten eine tiefer greifende Recherche und Aufarbeitung der Themen zu ermöglichen.

1 Was steht der Schaffung von 200.000 Arbeitsplätzen entgegen? - Argumentationen und Stellungnahmen

1.1 Der technologische Fortschritt: Automation, Robotik, Digitalisierung

Vollbeschäftigung wird es aufgrund des technologischen Fortschritts nie mehr wieder geben. Automatisierte Arbeits- und Produktionsprozesse nehmen rasant zu, wodurch immer mehr Menschen überflüssig werden. Der technologische Fortschritt wächst exponentiell, das bedeutet, dass die technologischen Innovationen und Entwicklungen immer schneller voranschreiten und die Technologiewellen eine immer größer werdende Bandbreite erreichen. Es gibt heute bereits Computerprogramme, die andere Computerprogramme schreiben oder von Programmfehlern bereinigen, medizinische

¹ http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/5080723/Kern_Das-Ziel-ist-Vollbeschaeftigung (aufgerufen am 12.09.2016)

Diagnosen stellen oder sogar einfache journalistische Artikel verfassen können. Nicht nur gering qualifizierte Berufe werden automatisiert oder robotisiert, sondern ebenfalls Berufe, die eine höhere Qualifikation erfordern. So weist der amerikanische Software-Unternehmer Martin Ford (2009, S. 66) darauf hin, dass beispielsweise der Beruf des Radiologen trotz seiner 14 Jahre dauernden Ausbildung automatisierbar ist.

Automation in höher qualifizierten Bereichen und in China

Noch ein paar prägnante Beispiele aus der globalen Wirtschaftswelt: Chinesische Produktionsfirmen wie CPTC (Changying Precision Technology Company) haben ebenfalls auf Robotisierung umgestellt und die Belegschaft von 650 auf ca. 50 Mitarbeiter reduziert, weil Roboterarme in kürzerer Zeit viel mehr Telefonmodule fertigen und die Fehlerrate drastisch auf 5 Prozent senken können.² Da spielt es auch keine Rolle, dass die chinesischen Produktionsarbeiter billige Arbeitskräfte sind. Martin Ford (2015, S. xiii-xiv) schreibt in seinem aktuellen Buch, dass er es sogar unterschätzt hatte, wie schnell sich die Dinge tatsächlich weiterentwickeln würden und bringt als Beispiel die Kollisionsvermeidungssysteme der Fahrzeughersteller, die es nach seiner ersten Aussage im Jahr 2009 *mit der Zeit* erlauben würden, Fahrzeuge autonom fahren zu lassen. Ford stellt dabei fest, dass „mit der Zeit“ gar nicht viel Zeit war, sondern gerade einmal sechs Jahre.

Als ehemaliger ÖBB-Chef, Herr Bundeskanzler Kern, wissen Sie auch, dass führerlose Züge und U-Bahnen schon lange möglich sind und auch eingesetzt werden. Es war immer der Mensch im Führerstand die Fehlerquelle, wenn es zu einem Unfall kam. Triebfahrzeugführer haben heute bestenfalls nur noch eine psychologische Funktion.

Autonome Fahrzeuge

Neben selbstfahrenden Autos gibt es ebenfalls schon einen selbstfahrenden LKW von Daimler, der bereits in wenigen Jahren ohne LKW-Fahrer auch reversieren und an Ladedocks andocken wird können, weil die dafür notwendigen Elektronikbausteine und Speicherchips noch leistungsfähiger und schneller werden. Daimler hat ebenfalls seit dem Frühsommer 2016 den ersten (teil)autonomen Stadtbus auf Basis seines Bestsellers „Mercedes Citaro“ in den Niederlanden im Testbetrieb. Der Bus lässt sich zwar bei Eingreifen des Buslenkers konventionell steuern, fährt aber sonst autonom. Der Buslenker ist nur für die Überwachung der Systeme zuständig. Durch das elektronische Ticketsystem entfallen auch Buskontrolloren. In einer späteren, weiteren Ausbaustufe werden solche Busse ohne Gas- und Bremspedale sowie ohne Lenkrad gebaut werden. Der (teil)autonome Stadtbus von Mercedes-Daimler wird ab 2020 in die Serienfertigung gehen.³

² http://www.huffingtonpost.de/2015/07/30/unternehmen-mitarbeiter-roboter_n_7903740.html (aufgerufen am 29.05.2015)

³ <https://futurezone.at/produkte/daimler-will-ab-2020-teilautonome-busse-bauen/210.458.428> (aufgerufen am 20.07.2016) und <http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/5052369/Teilautonomer-MercedesBus-erstmal-auf-Strasse-unterwegs> (aufgerufen am 20.07.2016)

Die Digitalisierung hat in Europa schon höher qualifizierte Bereiche getroffen. Der Brockhaus als Enzyklopädie ist durch die Wikipedia ersetzt worden. Neuauflagen des Brockhaus kann man keine mehr kaufen und dieses umfassende Nachschlagewerk war nie so umfangreich wie die digitale Wikipedia, auf die man weltweit über das Internet, bis auf die Kosten zur Internetnutzung und den Stromkosten, faktisch zum Nulltarif zugreifen kann.

Digitalisierung in höher qualifizierten Bereichen

Ebenfalls über das Internet mit denselben technischen Errungenschaften zugänglich sind Online-Wörterbücher wie *Dict.cc*, *Linguee* oder die Online-Versionen von Pons und Langenscheidt. Waren bei Langenscheidt in München im Jahr 2010 noch 220 Mitarbeiter beschäftigt, so sind es heute nur noch 55, wovon vier Personen für die Englisch-Wörterbücher zuständig sind.⁴ Umfassende, gute Großwörterbücher gibt es nicht mehr, die von Übersetzern oder Anglistik-Studium-Absolventen sowie Universitätsprofessoren immer sehr geschätzt wurden. Die Online-Wörterbücher sind bei weitem nicht so gut und umfangreich, jedoch scheint die breite Masse mit den wenig umfassenden Online-Versionen zufrieden zu sein. Als Übersetzer sind diese Online-Versionen aber nur wenig zu gebrauchen.

Freie digitale Güter durch Digitalisierung

Im Zusammenhang mit Übersetzertätigkeiten ist zu erwähnen, dass mit *Google Translate* in bis zu 15 Sprachen gleichzeitig übersetzt werden kann. Wenngleich die Google-Übersetzungen meistens noch einer Nachbearbeitung bedürfen, darf nicht außer Acht gelassen werden, dass *Google Translate* und andere automatisierte Übersetzungsprogramme stets weiterentwickelt und verbessert werden. Diese Tatsache hat so manchen Übersetzer schon um den Job oder den Übersetzungsauftrag gebracht.

Digitalisierung (be)trifft auch Österreich. So werden die alten Stromzähler sukzessive durch neue „intelligente“ Stromzähler ausgetauscht, die weder vom Endverbraucher, noch von Mitarbeitern der Stromanbieter abgelesen werden müssen, weil die Stromzähler mit ihrer „künstlichen Intelligenz“ die Daten verschlüsselt an Computer und Datenbanken übermitteln werden. Die intelligenten Stromzähler werden bis 2020 installiert, weil damit eine EU-Vorschrift, die für alle Netzbetreiber in Österreich gilt, umgesetzt wird.⁵

Digitalisierung durch künstliche Intelligenz

Die Erwerbsarbeitslosigkeit wird durch diese Entwicklungen in Zukunft noch mehr zunehmen. Nicht nur die Transport-, Verlags- und Übersetzungsbranche ist betroffen, sondern auch die Bereiche Handel, Verwaltung und Bankwesen, in denen in den nächsten zehn Jahren unzählige Arbeitsplätze durch Software und Algorithmen ersetzt werden

⁴ Die Angaben stammen von Frau Dr. Heike Pleisteiner (telefonische Kommunikation im Frühsommer 2016).

⁵ Details am Beispiel Klagenfurt siehe <http://www.mein-klagenfurt.at/aktuelle-pressemitteilungen/pressemitteilungen-juni-2016/intelligente-stromzaehler-fuer-ekg-kunden/> (aufgerufen am 26.09.2016) und https://www.stw.at/fileadmin/user_upload/pdf/SmartMeter/Infoblatt_Smartmeter.pdf (aufgerufen am 26.09.2016)

sollen. Dass in einer globalisierten Welt dies nicht nur führende Wirtschaftsnationen betrifft, sollte auch allen Polit-Verantwortlichen in Europa klar sein, denn Österreich hat bereits fast 500.000 Erwerbsarbeitslose. Bis 2017 wird die Arbeitslosenquote (nach AMS-Definition) auf 10% steigen.⁶

1.2 Die unbezahlte Mitarbeit der Konsumenten: Latente Arbeit

Vom Konsumenten zum Pro-
sumenten

Heute werden viele Arbeiten, die früher einen Vollzeitarbeitsplatz erforderten und für die nur fachlich qualifiziertes Personal herangezogen werden konnte, tagtäglich von den Endverbrauchern (Konsumenten) erledigt. Bankauszüge drucken oder Geld überweisen konnte früher in einer Bank nur der Schalterangestellte mit einer entsprechenden Ausbildung. Heute machen die meisten Bankkunden das selbst am Automaten oder von zuhause aus per Online-Banking. Computersoftware wird von den Anwendern selbst heruntergeladen und installiert, was früher nur einem Computerfachmann möglich war. Ebenso werden die Aktualisierungen der Betriebssysteme (Firmware) von diversen elektronischen Geräten im Bereich der Unterhaltungselektronik oder von Mobiltelefonen (Smartphones) ebenfalls durch den Endverbraucher vorgenommen. Der Versand und die Abholung von Briefen oder Paketen kann heute vom Endverbraucher selbst in den Abholstationen der Postfilialen erledigt werden, und das rund um die Uhr (24/7-Selbstbedienungsservice). Bedienungsanleitungen oder Handbücher zu elektronischen Geräten und Haushaltsgeräten müssen vom Endverbraucher von der Webseite des Herstellers selbst heruntergeladen und bei Bedarf selbst ausgedruckt werden. Das bedeutet für den Endverbraucher vermehrter Kostenaufwand und Zeitaufwand für die Recherche, um überhaupt an die entsprechenden Quellen und Informationen zu gelangen. Diese unbezahlte Mitarbeit der Konsumenten wurde ebenfalls durch den technologischen Fortschritt möglich, der aber gleichzeitig entsprechende einstige Vollzeitstellen ersatzlos beseitigt hat. Aus dem Konsumenten ist ein „Prosument“ geworden, also ein Verbraucher, der sich vieles selbst produziert.

Latente Arbeit trifft auch den e-Government-Bereich wie beispielsweise das Ausfüllen von webbasierten Online-Formularen bei Ämtern und Behörden. Erste Scanner-Kassen in ausgewählten Diskontern und Supermärkten gibt es auch schon in Österreich und diese werden zeitweise nur von einer Person überwacht und um Kunden Hilfestellung zu geben. Mittelfristig gesehen werden viele Kassiererinnen und Kassierer ihre Arbeitsplätze verlieren.

⁶ http://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo-monatsberichte?detail-view=yes&publikation_id=58798 (aufgerufen am 30.09.2016)

1.3 Prekarisierung als Folge der Technologisierung

Automation ist nur einer aus einem Bündel von Faktoren, die zu einem Rückgang bezahlter Arbeit führen, während diese zunehmend in Form von Teilzeitstellen⁷, Stellen als Freier Dienstnehmer, Projekten auf Werkvertragsbasis – zusammengefasst als „atypische Beschäftigung“ vielfach befristeter und prekärer Natur – gestaltet wird. Atypische Arbeitsverhältnisse, die zu 70% Frauen betreffen, werden jedoch zunehmend und branchenübergreifend auch „Männersache“, insbesondere durch Leiharbeitsfirmen, die mittlerweile neben auf Wochen, bestenfalls auf ein paar Monate befristeten Arbeitseinsätzen, einmalige, mehrstündige Arbeitsaufträge kurzfristig ein paar Stunden vor Arbeitsantritt telefonisch vergeben, als Gegensatz zu den mit All-in-Verträgen angestellten Erwerbstätigen, die mit maximaler Arbeitszeit und minimalstem Einkommen auf ein Burn-out hinarbeiten. Prekäre Erwerbsarbeit inkludiert zunehmend Phasen von Arbeitslosigkeit, die in Langzeitarbeitslosigkeit übergehen kann, wenn die Arbeitslosen das „falsche“ Alter oder die „falsche“ Ausbildung für den Arbeitsmarkt haben.

Die Prekarisierung der Arbeitswelt ist natürlich nicht allein auf technologische Entwicklungen zurückzuführen. Brinkmann & Dörre (2006, S. 13-14) argumentieren, dass durch Reorganisationsmaßnahmen, durch die Bildung von Holdings mit relativ eigenständigen Tochterunternehmen, durch Konzentration auf das Kerngeschäft, durch Ausgründungen und Auslagerungen, die Wirtschaftsorganisationen intern und extern flexibler gemacht werden sollen, um sie so in einer Wettbewerbssituation zu halten. Der Prekarisierungsprozess wird dadurch vorangetrieben. Die Konkurrenz unter Arbeitern und Angestellten ist gleichzeitig der Hebel, um Arbeitsformen, Arbeitszeiten, Löhne und Beschäftigungsverhältnisse zu flexibilisieren. Wenn Arbeitsweisen auf knappen Personal-, Zeit- und Materialpuffern basieren, können Produktionsspitzen oder Auftragsspitzen nur mit flexiblen Arbeitszeiten, multifunktional einsetzbaren Arbeitskräften und befristeten Beschäftigten, Leih- und Zeitarbeitern abgedeckt werden. Ist so ein flexibles Produktionsmodell erst einmal durchgesetzt, fördert es die Ausbreitung flexibler und prekärer Dienst- und Arbeitsverhältnisse, auch in vielen anderen Bereichen, durch Leiharbeit, Zeitarbeit, Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung.

Prekarisierung ist nicht nur technologisch bedingt

Nach Schneider (2012) sind für die Prekarisierung auch die Globalisierung, personalwirtschaftliche Strategien und politische Entscheidungen verantwortlich. Diese politischen Entscheidungen führten dazu, dass der Arbeitsmarkt flexibilisiert und dereguliert wurde und für Unternehmen der Anreiz geschaffen wurde, gesicherte Arbeitsverhältnisse in prekäre Arbeitsverhältnisse umzuwandeln.

⁷ Im Jahr 2013 arbeiteten 41% aller unselbstständig Erwerbstätigen in atypischen Erwerbsarbeitsverhältnissen.
http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/_jahre/2014/aktuelles/presse/kurzfassungen/bund/Kurzfassung_Einkommensbericht.pdf; S. 7 (aufgerufen am 04.10.2016)

1.4 Kollaborativismus: kollaboratives Gemeingut in einer postkapitalistischen Ära

Kapitalismus im Rückgang

Der Kapitalismus gelangt immer mehr an seine Grenzen. Als Wirtschaftsform besteht er seit mehr als 300 Jahren und viele Menschen erkennen, dass es so auf Dauer nicht mehr weitergehen kann. Fragt man aber, welche Wirtschaftsform wohl nach dem Kapitalismus denkbar wäre, gibt es nur einen leeren Blick oder Schulterzucken. Der Mensch war immer ein Kostenfaktor und der Kapitalismus hatte immer das Ziel, mit möglichst wenig Kosten- und Arbeitsaufwand Geld zu vermehren und zu verwerten. Dabei steht der Mensch als Kostenfaktor im Weg. Automation, Digitalisierung und Robotisierung sind also vom Kapitalismus gewollt bzw. eine natürliche Folge davon. Wie aber Rifkin (2014) auch feststellt, befindet sich der Kapitalismus im Rückgang, weil es heute bereits viele Dinge gibt, die beinahe, obwohl durch Werbung und Sponsoring finanziert, zu Null-Grenzkosten in Anspruch genommen werden können. Dazu zählen Internet-services wie E-Mail-Konten, Online-Medien, Youtube, diverse Internet-Diskussionsforen, Facebook, Twitter, Instagram, MOOCs (*massive open online courses* oder auch *massive online open courses*) und vieles mehr. Dies wird sich weiterhin in den kommenden Jahren und Jahrzehnten verstärken und dann kommt unweigerlich der Moment, an dem der Kapitalismus sich nur mehr selbst leugnen kann. Denn wenn es die meisten Güter, nicht nur sachliche, digitale, sondern auch stoffliche (Schlagwort 3D-Druck), zu Null-Grenzkosten geben wird in einer Gesellschaft, die sich gegenseitig selbst versorgen kann, dann hat der Kapitalismus keine Bedeutung mehr. Rifkin (2014a, S. 85) stellt fest, dass die optimale Stufe der Produktivität erreicht ist, wenn die Kosten für die Produktion eines zusätzlichen Gutes oder einer zusätzlichen Dienstleistung fast null ist. Wenn die Grenzlinie der Null-Grenzkosten überschritten wird, Güter und Dienstleistungen beinahe unentgeltlich zu erhalten sind, dann trocknen die Profite aus, der Austausch von Eigentum und Gütern auf Märkten verebbt und das kapitalistische System stirbt.

Digitale Güter als kollaboratives Gemeingut und Wegbereitung für die Null-Grenzkosten-Gesellschaft

Digitale Güter wie Online-Quellen oder die bereits erwähnten Online-Wörterbücher sind ein Beispiel für ein kollaboratives Gemeingut. Zurzeit arbeiten daran noch Menschen wie Lehrer und Universitätsbedienstete auf freiberuflicher Basis, die momentan aber alle noch über eine Geldeinnahmequelle in Form eines Vollzeit- oder Teilzeitarbeitsplatzes verfügen. Einige andere haben vielleicht nur mehr ihren freiberuflichen und prekären Arbeitsplatz, der kaum Geld zum Überleben sichert.

Auch Bildung und Weiterbildung ist oftmals schon zu Null-Grenzkosten zu haben. In den MOOCs können Studenten und auch nichtinskribierte Interessierte rund um die Welt ihre Online-Kurse bei renommierten Professoren an US-amerikanischen und anderen Universitäten belegen und so ihre Lehrgangsabschlüsse inklusive Zertifikate, Diplome und Zeugnisse erwerben.⁸

⁸ Vgl. dazu Rifkin 2016a, S. 133-46 und Brynjolfsson & McAfee, 2014a, S. 200-201 und S. 210-11.

Kollaborative Gemeingüter kommen oftmals auch durch **Crowdsourcing** zustande. Wie bereits von Risto-Donević (2016, S. 8-11) detailliert dargelegt, bezeichnet Crowdsourcing eine Vorgangsweise, mit der benötigte Services, Ideen oder Inhalte durch Beiträge von einer großen Gruppe von Menschen erworben werden, besonders von einer Gemeinschaft im Internet und nicht von traditionellen Arbeit- und Dienstnehmern. Die Gruppe von Menschen, die dazu beiträgt, kann dafür bezahlt oder in sonst einer Weise dafür entschädigt werden oder überhaupt unbezahlt und unentschädigt bleiben. Crowdsourcing ist das Auslagern einer ursprünglich von Erwerbstätigen entgeltlich erbrachten Leistung durch eine Organisation oder Privatperson mittels eines offenen Aufrufes an eine Masse von unbekannten Akteuren, bei dem der *Crowdsourcer* (derjenige, der an eine Masse von Leuten auslagert) und/oder die *Crowdsources* (diejenigen in der Masse, an die ausgelagert wird) frei verwertbare und direkte wirtschaftliche Vorteile erlangen. Der Aufruf an die Masse erfolgt auf einschlägigen Internetseiten oder in entsprechenden Internetforen und wird vor allem in den USA praktiziert. Prinzipiell führen alle Aktivitäten, die Kunden als Anwender im Internet mittels Feedback-Formularen, in sozialen Netzwerken wie Facebook, oder in Chat-Rooms, Internetforen und Internet-Gemeinschaften (z.B. Work Groups) setzen, dazu, dass die Kunden selbst zu Crowdsources, also zu Leistungserbringern für ein Unternehmen werden.

Crowdsourcing als Arbeitsplatzkiller

Mit ihren Ideen tragen die Endverbraucher maßgeblich an der Entwicklung und Weiterentwicklung von Produkten bei und fördern so auch die Innovativität der Produkte und der Prozesse und ersparen den Unternehmen viel Personal- und andere Zusatzkosten. Ein sehr bekanntes Beispiel für Crowdsourcing ist das Online-Lexikon „Wikipedia“ und dessen Ableger „Musipedia“ und „Medipedia“. Jeder Endverbraucher bzw. Anwender opfert dabei einen erheblichen Teil seiner Zeit auf und gibt viel von seinem Fach- und Spezialwissen preis, wann immer er solche Online-Wissenquellen bearbeitet, ergänzt oder Online-Feedback-Formulare ausfüllt und versendet, auf Facebook-Seiten der Unternehmen Kommentare abgibt oder bei Amazon Rezensionen schreibt. Genauso werden auch sämtliche Internetforen, Chat-Rooms und Newsgroups von den Unternehmen sehr genau angesehen und die Informationen, die daraus gewonnen werden, verwertet und in das Produktdesign, in die Weiterentwicklung, in das Marketing und in andere verwertbare Bereiche übernommen. Der Konsument ist somit fester Bestandteil der Wertschöpfungskette.

1.5 Arbeit, Arbeitsplätze, Arbeitsbeschaffung und Sinn der Arbeit

Dass es heute mehr Arbeit als je zuvor gibt, ist unbestritten. Es handelt sich dabei um Arbeitsaufwand. Unbestritten ist aber auch, dass noch nie so viel Arbeit von so wenigen Arbeitskräften wie bisher erledigt worden ist und erledigt wird. Es gibt zu wenig

bezahlte Arbeit im Sinne von Arbeitsplätzen. Der US-amerikanische Soziologe Richard Sennett hat auch darauf hingewiesen, dass Europa zu wenig Arbeitsplätze für die Vielzahl an Erwerbsarbeitslosen hat und dass man die Arbeit umverteilen wird müssen.⁹ Arbeit verursacht Kosten und je höher der Arbeitsaufwand ist, umso höher ist auch der Kostenaufwand. Den Arbeitsaufwand kann man reduzieren durch Vereinfachung der Arbeitsabläufe, durch weniger Verwaltung oder durch Technologisierung (Einsatz von entsprechenden Computerprogrammen, Automatisieren von Abläufen, Digitalisierung von Prozessen durch beispielsweise vom Kunden zu verrichtende Arbeit mittels webbasierter Formularen, etc.) einerseits und andererseits – und das zu einem großen Teil – durch Senkung der Lohnkosten.

Künstliche Arbeitsbeschaffung und Sinnentleerung von Arbeit

In den vergangenen Jahrzehnten wurde immer wieder künstlich Arbeit geschaffen, meistens dadurch, dass man den Verwaltungsaufwand nicht nur in Ämtern und Behörden, sondern auch in Produktionsunternehmen aufgebläht hat, nur um vermeintliche Unterbeschäftigungslöcher zu stopfen. Dabei sind auch eine Vielzahl sinnentleerter Jobs entstanden, die vom britischen Anthropologen David Graeber als **Bullshit Jobs**, also unsinnige oder sinnlose Jobs, bezeichnet werden.¹⁰ Sinnlos ist eine Arbeit dann, wenn es bei ihrer Nichtausführung keine gesellschaftlichen Folgen geben würde. Sinnlose Arbeiten sind weder wertvoll noch gesellschaftlich notwendig.

Arbeiten, deren Nichtverrichtung sehr wohl zu gesellschaftlichen Folgen führt, sind gesellschaftlich notwendig und sinnvoll. Wenn in einer Metropole wie London die U-Bahnmitarbeiter streiken, kommt der gesamte Londoner Verkehr zum Erliegen. Die U-Bahn-Arbeit ist also gesellschaftlich notwendig, sinnvoll und wertvoll. Deren Nichtausführung führt nicht nur zum Zusammenbruch des gesamten Londoner Stadtverkehrs, sondern auch zu enormen Zusatzkosten, weil viele Pendler ihre (mehr oder weniger) sinnvollen Arbeitsplätze nicht oder nicht pünktlich erreichen und ihre (mehr oder weniger) sinnvolle Arbeit nicht verrichten können. Über den Sinn und Unsinn der Arbeit lässt sich sicher streiten und jeder wird seine Arbeit subjektiv als mehr oder weniger sinnvoll empfinden. Eine Arbeit soll für denjenigen, der sie ausführt, sinnerfüllend und sinnstiftend sowie zufriedenstellend sein. Es gibt aber eine Vielzahl von Menschen, die sich immer wieder fragen, wozu sie gewisse Arbeiten und Tätigkeiten verrichten oder die den Sinn ihrer Tätigkeit hinterfragen und auch immer wieder neu erfinden müssen.

⁹ <http://derstandard.at/2000004938479/Es-gibt-in-Europa-nicht-ausreichend-Arbeit> (aufgerufen am 06.09.2016)

<http://www.zeit.de/karriere/2014-06/interview-richard-sennett-arbeitszeit> (aufgerufen am 06.09.2016)

¹⁰ <http://strikemag.org/bullshit-jobs/> (aufgerufen am 08.04.2016)

<http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/karriere/BullshitJobs-auf-dem-Vormarsch/story/27727582> (aufgerufen am 08.04.2016)

<http://www.20min.ch/schweiz/news/story/Bullshit-Jobs-demotivieren-Angestellte-21773294> (aufgerufen am 08.04.2016)

Dass die Arbeit mit Geld, also einer Bezahlung, in Verbindung gebracht wurde, hat dazu geführt, dass Wertigkeiten entstanden sind und nur bezahlte Arbeit gesellschaftliche Anerkennung findet. Damit wird der Mensch aber auf seine Arbeit reduziert, nicht auf seine wahren Werte. Die Arbeit wiederum wird zur Ware, die nur auf dem Arbeitsmarkt eine Bedeutung hat, reduziert. Der Sinn der Arbeit selbst ist dabei in den Hintergrund gerückt bzw. wurde die Arbeit durch die Verinnerlichung der Ideologie, dass Arbeit nach ihrem finanziellen Ertrag bewertet wird, ihres Sinngehaltes entleert. Nur gut bezahlte Arbeit wird als gute Arbeit angesehen und ist gesellschaftlich besser anerkannt als schlecht bezahlte Arbeit, die meist auch als schlechte Arbeit betrachtet wird. Unbezahlte Arbeit – ehrenamtliche Tätigkeiten, Garten- und Haus(halts)arbeit, jegliche Freiwilligentätigkeit – hat gesellschaftlich einen geringen Stellenwert. Dabei ist nicht jede bezahlte Arbeit, wie wir gesehen haben, unabhängig davon ob gut oder schlecht bezahlt, gesellschaftlich notwendig oder gar sinnvoll. Sehr wohl sind aber gerade die meist – immer noch – vorwiegend von Frauen verrichteten, unbezahlten ehrenamtlichen Tätigkeiten und die Garten- und Hausarbeit gesellschaftlich notwendige und sinnvolle Arbeiten. Würde niemand die Hausarbeit erledigen und Kinder erziehen, hätte dies enorme Nachteile und psychische Folgen für die heranwachsende Generation und für die Gesellschaft.

Arbeit als Ware

1.6 Wirtschaftswachstum: natürliche Begrenztheit und exponentielles Wachstum

Stereotyp werden immer wieder dieselben Wortfloskeln hervorgeholt, um einen Weg aus der Krise zu sehen und meistens besteht dieser Ausweg in der Ankurbelung des Wirtschaftswachstums. Der Planet Erde ist physikalisch begrenzt und jedes Wachstum hat seine natürliche Begrenztheit. Dazu kommt auch eine natürliche Marktsättigung. Dass noch immer viel produziert wird, liegt einerseits an der gestiegenen Produktivität durch die technologischen Errungenschaften (Automation), andererseits daran, dass man noch immer krampfhaft an einer 38,5- bzw. 40-Stundenwoche festhält. Nach John Maynard Keynes (1930) sollten wir bis spätestens 2030 nur mehr eine 15-Stunden-Woche haben, nach den Wachstumskritikern Skidelsky (2013, S. 21) sollten wir diese bereits erreicht haben.

Jedes Wachstum ist begrenzt

Jeder, der weiter im Namen der gierigen Wirtschaft nach noch mehr Wachstum ruft, handelt rücksichtslos und fahrlässig gegenüber seinen Mitmenschen und nachkommenden Generationen. Da aktuell zu dem Zeitpunkt, an dem diese Stellungnahme und Argumentation verfasst wird, wieder ein der Jahreszeit ungewöhnlich warmer Herbst herrscht, lassen sich die Klimafolgen schon lange nicht mehr leugnen. Offensichtlich ist dies aber in der Wirtschaft, in der Politik und bei vielen in der Bevölkerung noch

nicht angekommen. Die regelmäßige Desinformation durch die Massenmedien haben wohl einen erheblichen Teil dazu beigetragen.

Exponentielles Wachstum

Unser Zins- und Zinseszins-System sowie Schulden und Guthaben unterliegen der Exponentialfunktion: exponentielles Wachstum bedeutet, dass sich eine Bestandsgröße innerhalb eines bestimmten Zeitabschnittes verdoppelt oder vervielfacht. Mathematisch unleugbar und mathematisch beweisbar ist, dass jedes exponentielle Wachstum zwangsläufig zum Zusammenbruch führen muss. Es führt also zu einem rasanten Anstieg, geht in ein lineares Wachstum über und tendiert schließlich gegen null. Es ist dann der Zeitpunkt erreicht, wo etwas zwar zu wachsen, aber noch nicht zu existieren, aufhört. Erst wenn die letzten Zellen abgestorben sind, kollabiert der ganze Organismus – so auch unser Geld-, Finanz- und Wirtschaftssystem. Das Problem ist aber, dass nichts auf unbestimmte Zeit unbegrenzt wachsen kann, auch im Kapitalismus, der Wirtschaftswachstum zu seinem Credo erhoben hat, nicht. Genauso ein Wachstum fordern aber die Vertreter von Wirtschaft und Politik. Das exponentielle Wachstum führt zu einer rasanten Umverteilung der Geld- und Finanzmittel von unten nach oben.

Neoliberales Umverteilen von unten nach oben und leistungslose Einkommen

Thomas Piketty (2016) ist ein französischer Ökonom und hat anhand einer Unmenge von empirischen Daten gezeigt, dass das Kapital ungleich verteilt ist und dass es ein neoliberal enthemmtes Umverteilen von unten nach oben gibt, das auch vom Internationalen Währungsfonds wiederholt eingestanden worden ist. Das Problem sind also die Verteilung des schon vorhandenen und neu entstehenden Reichtums, leistungslose (Spitzen)Einkommen durch Kapitalerträge, wo Vermögen sich immer mehr auf immer weniger Menschen konzentriert. Das Wirtschaftswachstum auf einem physikalisch begrenzten Planeten weiter ankurbeln zu wollen und dabei weitere Ressourcen zu vergeuden ohne Rücksicht auf Klima und Umwelt ist verantwortungslos gegenüber bestehenden und nachkommenden Generationen.

Ressourcenvergeudung – mehrere Erden bei anhaltendem Trend erforderlich

Um zu veranschaulichen, wie bereits heute Ressourcen vergeudet werden, führen wir hier ein Ergebnis der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (*United Nations Food and Agriculture Organization – FAO*) an. Mit der Erwartung, dass die menschliche Bevölkerung bis 2050 um 35 Prozent – oder 2,5 Milliarden Menschen – zunehmen wird, müsste allein die Nahrungsmittelproduktion um 70 Prozent zunehmen, um die Nahrung zu liefern, die benötigt wird, um „ausreichend“ das Wohlbefinden jedes Einzelnen sicherzustellen.¹¹ Wieviel dabei an Ressourcen vergeudet wird, zeigt Rifkin (2014a, S. 334) am Beispiel der Amerikaner auf. Der Durchschnittsamerikaner verbraucht 3.747 Kalorien an Energie pro Tag. Wenn alle sieben Milliarden Menschen, die heute auf dem Planeten leben, eine vergleichbare Menge an Ressourcen wie

¹¹ http://www.fao.org/fileadmin/templates/wsfs/docs/expert_paper/How_to_Feed_the_World_in_2050.pdf (aufgerufen am 19.09.2016)

der Durchschnittsamerikaner verbrauchen, würde es weitere vier bis fünf Erden benötigen. Die Menschheit verschlingt derzeit die Ressourcen von eineinhalb Erden – mit anderen Worten –, es braucht ungefähr eineinhalb Jahre, um das zu regenerieren, was wir in einem Jahr verbrauchen. Die Vereinten Nationen rechnen hoch, dass wir bis 2030 entsprechend zwei Erden benötigen werden, um unsere Ressourcenaneignungen zu stützen, wenn Bevölkerungswachstum und Konsumtrends anhalten, selbst ohne einer spürbaren Veränderung in der Lebens„qualität“ der Armen in der Welt. Während der Überfluss im Auge des Betrachters liegt, tut dies die Nachhaltigkeit des Planeten jedoch nicht. Wenn es darum geht, Überfluss und Nachhaltigkeit zu vereinbaren, dann bleibt Gandhi's Äußerung, dass die *„Erde genug bereitstellt, um jedermanns Bedarf zu befriedigen, aber nicht jedermanns Gier“*, die goldene Regel.

Die Technologisierung (Automation, Digitalisierung und Robotik) hat zwar weltweit zu mehr Wohlstand geführt, jedoch hat sie nicht zur Gleichstellung der Nationen beigetragen, sondern die Ungleichheit noch weiter vergrößert. Länder (z.B. Brasilien, Afrika), die arm waren, haben genauso Zugriff auf digitale und andere kollaborative Güter, die im Internet abgerufen werden können, und verfügen auch über moderne Technologien, so dass sich ihr allgemeiner Wohlstand verbessert hat. Die einzelnen Länder sind im globalen Wettbewerb zwar angehoben, jedoch nicht auf dieselbe Stufe gehoben worden. Auch innerhalb der Europäischen Union sind die Einkommensungleichheiten zwischen den Ländern bestehen geblieben, im globalen Vergleich sogar gewachsen. Brynjolfsson & McAfee (2014a, S. 133) halten fest, dass in Schweden, Finnland und Deutschland die Einkommensungleichheit über die vergangenen 20 bis 30 Jahre tatsächlich sogar schneller gewachsen ist als in den Vereinigten Staaten.¹²

Ungleichheiten trotz Steigerung des Wohlstands durch Technologien

Globalisierung bedeutet globalen, also weltweiten, Wettbewerb. Da aber die einzelnen Länder und Kontinente unterschiedliche politische und juristische Systeme haben, sind auch die Wettbewerbsbedingungen nicht dieselben. Wenn in anderen Ländern oder auf anderen Kontinenten günstigere Markt- und Rahmenbedingungen herrschen, geht das immer auf Kosten jenes Landes, wo Unternehmen dann aus Kostengründen ins Ausland abwandern. Nicht einmal innerhalb der Europäischen Union sind die Wettbewerbsbedingungen überall dieselben. So kommt es immer wieder vor, dass billigere Arbeitskräfte von heimischen Unternehmen aus dem benachbarten Ausland (z.B. Polen, Ungarn, Slowakei, Slowenien, Kroatien) nach Österreich geholt werden, und die österreichischen Arbeitskräfte so um ihre Stellen oder Firmen um ihre Aufträge gebracht werden.

Problem der Globalisierung: ungleiche Wettbewerbsbedingungen

¹² Siehe dazu auch „An Overview of Growing Income Inequalities in OECD Countries: Main Findings“, von der OECD, 2011: <http://www.oecd.org/els/soc/49499779.pdf> (aufgerufen am 19.09.2016)

Anstatt dafür Sorge zu tragen, dass die durch die Technologisierung erwirtschafteten Erträge allen Menschen, und nicht nur den Besitzern der Technologien zugutekommen, arbeitet die Politik daran, schlecht bezahlte Lohnabhängige gegen noch schlechter bezahlte Bezieher von Sozialleistungen oder Versicherungsleistungen (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe) auszuspielen. Die wahren „Sozialschmarotzer“ beziehen sicher keine Mindestsicherung, Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe. Sie beziehen leistungslose Einkommen in Dimensionen, die kaum vorstellbar sind. Es wird jede Zukunftsfähigkeit veräußert, um Verluste von sehr reichen Menschen zu sozialisieren und Gewinne zu privatisieren. Politik gestaltet nicht mehr zum Nutzen der Menschen, sondern zum alleinigen Nutzen einer vermögenden Minderheit, der Oligarchien. Der Rest, der beklagt wird, ist die Folge, nicht ein Naturgesetz. Das ist zu berücksichtigen, wenn sich ein Knoten nicht mehr entwirren lässt und nur mehr zerschlagen werden kann.

2 „Kern“-Aussagen, politische Überlegungen und Forderungen

2.1 Politische Zielsetzungen und Überlegungen

Wie im vorigen Kapitel dargelegt wurde, sieht es mit der Schaffung von Arbeitsplätzen sehr schwierig aus. Technologiewandel, Digitalisierung und auch die Begrenztheit des Wirtschaftswachstums sowie eine natürliche Marktsättigung werden es nicht zulassen, 200.000 Arbeitsplätze, von denen man auch existenzsichernd leben kann, zu schaffen. Die Abschnitte haben einige Beispiele gebracht, was heute und kurz- bis mittelfristig technologisch möglich ist und möglich sein wird.

Multifaktorielle Ursachen für Arbeitslosigkeit

Genau die Tatsache, dass Realeinkommen gesunken sind, ist ein Indiz für eine Systemkrise, die sich nicht nur auf Europa beschränkt, sondern global zu beobachten ist. Wie Martin Ford (2015, S. 35-36) festhält, hat im Jahr 1973 in den USA ein typischer Arbeiter, also ein Produktionsarbeiter und nichtaufsichtführender Arbeiter im privaten Sektor 767 US-Dollar in einer Woche verdient. Ganze vier Dekaden später verdient ein solcher Arbeiter nur mehr 664 US-Dollar, was einem Verdienstrückgang von 13 Prozent entspricht. Die Arbeitsproduktivität ist in den Dekaden zwar gestiegen, die Löhne und Gehälter sind gesunken. Ford argumentiert weiter, dass die Erträge der Innovation durch die ganze Wirtschaft hindurch nun fast vollständig den Geschäftsinhabern und Investoren zufallen als den Arbeitern. Seit 2010 zeigen die Reallöhne in der EU ein stagnierendes oder rückläufiges Muster.¹³

Wenn in den USA, wie Sie Herr Bundeskanzler in Ihrem FAZ-Artikel schreiben, die Arbeitslosigkeit auf das Vorkrisenniveau gesunken ist, dann hat dies in erster Linie damit zu tun, dass die USA viel größer sind und so auch viel mehr Jobmöglichkeiten bieten. Dazu kommt außerdem die Besonderheit, dass es in den USA keine Sprachbarrieren gibt. Wenn jemand an der Westküste oder in einer der Zentralregionen keinen Arbeitsplatz findet, kann er es an der Ostküste versuchen und dorthin umziehen. Auch beim Umzug gibt es in den USA viel mehr finanzielle Unterstützung als in Europa. Nicht zu vergessen ist allerdings auch, dass die USA noch besser ihre Arbeitslosenzahlen verstecken können, als europäische Länder.¹⁴

Der Vergleich mit den USA

Bei Deutschland darf nicht vergessen werden, dass viele Deutsche nicht existenzsichernde Ein-Euro-Jobs und Hartz-IV haben und in prekären Arbeits- und Dienstverhältnissen arbeiten. Dazu kommt, dass ein nicht unerheblicher Anteil von Deutschen in Ös-

Der Vergleich mit Deutschland

¹³ Thorsten Schulten, *Europäischer Tarifbericht des WSI – 2014/15*, Hans-Böckler-Stiftung, media.boeckler.de/Sites/A/Online-Archiv/16876 (aufgerufen am 27.09.2016)

¹⁴ Siehe dazu Rifkins Kommentare unter den Webadressen <https://www.youtube.com/watch?v=Pzyhex5c8mM> (ab der Laufzeit 2:23) und <https://www.youtube.com/watch?v=oSYbHebAq8s> sowie <https://www.youtube.com/watch?v=8oVm79YD0BM> (Arbeitslosenzahlen ab der Laufzeit 2:45; alle aufgerufen am 19.09.2016).

terreich einen Job gefunden hat, weil es hierzulande viele Unternehmen gibt, die in Deutschland Zweigniederlassungen haben. In Deutschland mag die Arbeitslosenquote so niedrig sein wie seit 25 Jahren nicht mehr, dafür ist aber die Zahl der in Armut lebenden und armutsgefährdeten Menschen – neben Arbeitslosen auch Erwerbstätige, Kinder, Jugendliche und Pensionisten – im selben Zeitraum sogar gestiegen.

USA und Großbritannien als Paradebeispiele für Armutsgefährdung

Aber auch in den USA und in Großbritannien sind die Zahlen der armutsgefährdeten Menschen trotz sinkender Arbeitslosenquoten signifikant angestiegen. Die USA bieten beispielsweise viel mehr Jobs als Europa, auch für Migranten. Migranten bekommen in den USA keine Sozialleistungen, dafür gibt es aber Jobs, von denen sich Migranten zumindest erhalten können, das bedeutet, eine billige Unterkunft und etwas Nahrungsmittel können mit solchen Jobs finanziert werden. Für ein menschenwürdiges Dasein genügt dies aber nicht. Nicht alles lässt sich aufgrund der völlig unterschiedlichen juristischen und politischen Systeme von den USA so ohne weiteres auf Europa oder Österreich übertragen.

Arbeit bedeutet keinen Wohlstand mehr durch liberalisierte und privatisierte Märkte

Arbeit sichert also längst nicht mehr den Wohlstand, weil eben die Realeinkommen gesunken sind und Vollzeitarbeitsplätze vermehrt durch Teilzeitarbeitsplätze und prekäre Arbeits- und Dienstverhältnisse ersetzt wurden. Zuzuschreiben ist dies nicht nur der Technologisierung (Digitalisierung, Automation, Robotisierung), sondern auch den Privatisierungen und Liberalisierungen seit den 1980er Jahren. Blickt man nach Frankreich, Griechenland, Italien und die jüngsten Brüsseler Papiere, so stellt man fest, dass Europa gerade dabei ist, mit noch mehr Liberalisierung und Flexibilisierung seine Ordnung am Arbeitsmarkt zu zerstören.¹⁵ Privatisierungen und Liberalisierungen haben auch zum Sozialabbau und zur Prekarisierung beigetragen. Personal wurde gerade in den privatisierten Wirtschaftszweigen abgebaut und private Wettbewerber schufen zwar Arbeitsplätze, die aber schlechter bezahlt und prekär waren (Brandt/Schulten 2008, S. 74). Die prekären Arbeits- und Dienstverhältnisse führten zu niedrigeren Löhnen und geringer Arbeitsplatzsicherheit.

Herr Bundeskanzler, Sie möchten Arbeitsplätze nach US-amerikanischem Vorbild schaffen, indem es mehr öffentliche Investitionen geben soll. Woher das Geld für zusätzliche Investitionen kommen soll, lassen Sie leider unbeantwortet. Die USA sind bekannt dafür, dass sie alles auf Verschuldung basieren. Auch Banken schöpfen Geld aus dem Nichts. In einer Dokumentation auf „Dailymotion.com“ wird im Rahmen der Finanzkrise auf die Geldschöpfung im Detail eingegangen.¹⁶ Für weitere Details und Zusammenhänge verweisen wir auf die sehr aufschlussreiche Dokumentation. Es gibt aber Möglichkeiten, das Geld für zusätzliche Investitionen zu beschaffen. Maschinensteuer, Erbschaftssteuer ab

¹⁵ <http://www.nachdenkenseiten.de/?p=35018> (aufgerufen am 16.09.2016)

¹⁶ <http://www.dailymotion.com/video/x2iwif5> (aufgerufen am 08.02.2016)

einem gewissen Betrag, der abhängig von der Höhe der Erbschaft ist, Kürzung von Politikergehältern und die Rückverteilung von oben nach unten sind Möglichkeiten, Geld für zusätzliche Investitionen zu schaffen. Nicht zu vergessen, das Beseitigen von Steuerschlupflöchern und die ‚Deprivilegisierung‘ von (Groß)Konzernen und Großunternehmen, die wenig bis gar keine Steuern zu zahlen brauchen. Gerade diese Konzerne und Großunternehmen gehören in die Pflicht genommen.

Politiker haben die Pflicht, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten, nicht die Interessen der Banken, Konzerne und Wirtschaftsbosse, wie es zurzeit in der EU leider der Fall ist. Europa ist in der heutigen Form wohl gescheitert, schon alleine wegen der Einführung der Währungsunion, wovor auch der deutsche Ökonom Klaus Busch (1994) gewarnt hatte. In keinem der EU-Länder hat es Volksabstimmungen zur Euro-Währungseinführung gegeben. Man hat den europäischen Nationen, die schon EU-Mitglied waren oder später beigetreten sind, den Euro einfach aufoktroziert. Busch (2012, S. 46-47) schreibt in seiner Studie von fatalen politischen und ökonomischen Folgen, wenn man die gemeinsame Eurowährung aufgeben und wieder zu den Nationalwährungen zurückkehren würde. Die Einheitswährung hätte den europäischen Bürgern mehr Einkommen, höhere Beschäftigung und mehr soziale Sicherheit bringen sollen. Das Gegenteil ist aber eingetreten. Ländern wie Frankreich oder Deutschland geht es heute schlechter als vor der Euro-Einführung. Die Reallöhne sind gesunken, das Wirtschaftswachstum ist nur mäßig, der Wettbewerbsdruck hat sich erhöht und zu Umverteilungen zugunsten des Kapitals und zu Einbrüchen in der sozialen Sicherheit geführt.

Die Konsequenzen der Währungsunion

Busch (2012, S. 46) zieht den Schluss, *„dass der verfrühte Schritt in eine gemeinsame Währung ein elementarer Fehler war, der dem Integrationsprozess nicht nur ökonomisch, sondern ebenso sozial und politisch schweren Schaden zugefügt hat und weiterhin zufügt.“* Eine bittere Wahrheit ist es auch, dass ein Ausstieg aus der gemeinsamen Währung und die Rückkehr zu den nationalen Währungen nur unter hohen ökonomischen und politischen Kosten möglich ist. Europa ist Gefangener eines falsch konzipierten Integrationsschritts und es bleibt nach Busch (2012, S. 47) nur die Hoffnung, dass *„aufgrund der negativen ökonomischen und sozialen Folgen der Austeritätspolitik nach und nach in Europa die Einsicht wächst, dass Alternativen nicht nur denkbar, sondern auch machbar sind.“*

Auch der US-amerikanische Ökonom Joseph Stiglitz (2016a, S. xii) argumentiert bereits im Vorwort seines aktuellen Buches, dass 1992 eine fatale Entscheidung mit der Annahme einer Währungsunion getroffen wurde, ohne für die Einrichtungen, die das Funktionieren der Einheitswährung gewährleisten, zu sorgen. Stiglitz (*ibid.*, S. xx) meint weiter, dass die Geschichte der Eurozone eine Geschichte von Platitüden ist, die Politiker, welche in Wirtschaft unausgebildet sind, äußern und ihre eigene Realität schaffen und

Haltungen für kurzfristige politische Ziele einnehmen, die aber langfristige und enorme Konsequenzen nach sich ziehen. So wird die Andeutung, dass Europa oder auch nur ein Aspekt des europäischen Projekts – sein Währungssystem – scheitern könnte, fast als Ketzerei betrachtet. Nach Stiglitz ist aber das derzeitige System auf lange Sicht nicht entwicklungsfähig, auch nicht mit den jüngsten Reformen, ohne dabei den Bürgern enorme Kosten aufzubürden. Und diese Kosten könnten durchaus jene der Wirtschaft überschreiten. Welche Möglichkeiten es mit dem Euro und der Eurozone gibt, beschreibt Stiglitz (*ibid.*, S. 272-95 und S. 307) im Detail und dies soll hier nicht näher ausgeführt werden, da es den Rahmen der Argumentationsschrift sprengen würde.

2.2 Forderungen

2.2.1 Überlegungen und Forderungen im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt und dem Arbeitsmarktservice (AMS)

Schlanke Verwaltung anstelle eines AMS

In den Medien war zu erfahren, dass das Arbeitsmarktservice (AMS) 400 neue Planstellen einrichten will. Das AMS ist mittlerweile zu einem Selbstversorgungsverein für seine Beschäftigten mutiert und es ist nicht einzusehen, dass die dort tätigen Personen sich auf Kosten der Erwerbsarbeitslosen einen gut dotierten Vollzeitarbeitsplatz sichern dürfen. Eine aufgeblähte Verwaltung der Massenarbeitslosigkeit kann gesellschaftlich weder wert- noch sinnvoll, geschweige denn, notwendig sein. Jeder Erwerbsarbeitslose ist den AMS-Beratern letztendlich gleichgültig und diese kümmern sich auch nicht um den Lebensentwurf der Stellensuchenden. Das wissen wir aus eigener leidvoller Erfahrung und aus Berichten unserer Vereinskollegen. **Das AMS in seiner gegenwärtigen Form gehört abgeschafft und durch eine schlanke Verwaltung der Versicherungsgelder (Arbeitslosengelder und Notstandshilfen sind Versicherungsleistungen) ersetzt.** Jeder, der seine Erwerbsarbeit verliert, bekommt somit wie bisher sein Geld und ist pensions- und krankenversichert, Mindestsicherung eingeschlossen. Wenn es Arbeit gibt, kann die Vermittlung dem freien Markt unter Beibehaltung zumindest gegenwärtiger Standards überlassen werden. Die Wirtschaft muss sich dann anstrengen, um die Arbeitskräfte zu bekommen, die sie braucht – und die Politik muss sich anstrengen, entsprechend attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen. Was dann von den Versicherungsbeiträgen noch übrigbleibt, soll in die Ausarbeitung eines nachhaltig wirksamen Planes für eine Lösung wie das BGE (Bedingungsloses Grundeinkommen) investiert werden.

Inkompetente und insuffiziente AMS-Beratung

Beim AMS kann nicht von Beratertätigkeit gesprochen werden, wenn bei den Kontrollterminen oftmals nur abgeglichen wird, wo sich der Arbeitssuchende zuletzt beworben hat und welche Stellen das AMS derzeit hat. Mitglieder unseres Vereins berichten immer wieder, dass AMS-Berater ihre Inkompetenz durch dilettantisches, fahrlässiges, rück-

sichtsloses und abwertendes Verhalten unter Beweis gestellt haben. Zwar wird immer wieder darauf verwiesen, dass AMS-Berater einer psychologischen Schulung unterzogen werden, jedoch scheint diese in erster Linie darauf abzuzielen, wie sich die Berater vor vermeintlichen „Übergriffen“ ihrer Kunden schützen und potentielle Konflikte verhindern können oder wie sie vermeiden können, dass die Probleme der AMS-Kunden nicht zu den eigenen Problemen werden. Das alleine ist für den AMS-Servicebereich aber bei weitem insuffizient. Es reicht nicht aus, nur ein paar gelegentliche Psychologie-Kurzzeitschulungen zu durchlaufen, um für den AMS-Beratungsbereich adäquat ausgebildet zu sein.

AMS-Beratung, sofern sie denn in heutigen Zeiten noch persönlich erfolgen muss, soll ausschließlich durch pädagogisch und psychologisch fundiert ausgebildetes Personal mit Universitätsabschlüssen und mit entsprechender langjähriger Erfahrung im psychologischen Beratungsbereich durchgeführt werden dürfen. Es kann nicht sein, dass ehemalige Selbständige aus diversen Branchen (z.B. Werbebranche, Design, Informationstechnologie und viele andere) beim AMS in der Beratungszone tätig sein dürfen. Nicht anders ist es zu erklären, dass manche Berater kein Einfühlungsvermögen und Taktgefühl haben und ihre Kunden mit entsprechenden Worten in keiner Weise wertschätzend behandeln, ja sogar herabwürdigen und versuchen, den letzten Selbstwert in den Stellensuchenden zu nehmen, der ja gerade bei der Arbeitssuche zu einer positiven Haltung und Ausstrahlung verhilft, die in Bewerbungsgesprächen entscheidend sein kann. Das fängt oft schon bei der Wortwahl an und spiegelt sich in Begriffen wider, die bei den meisten Menschen sicher nicht zum aktiven Wortschatz gehören: „beratungsresistent“, „arbeitsmarktresistent“, „arbeitsmarktscheu“, „arbeitsmarktfremd“ und die dazugehörigen Substantiva bilden eine kleine Auswahlpalette, was AMS-Berater so an Geschmacklosigkeit von sich geben können. Dazu gesellen sich auch Äußerungen wie *„Sie werden wohl nie mehr arbeiten“*, *„Sie passen nirgendwo hin“*, *„Sie sind unvermittelbar“*, *„Sie leben auf Kosten der Allgemeinheit“*. Vielfach fehlt auch globales fachliches Wissen über Studienrichtungen und Berufsbezeichnungen in AMS-Stellenausschreibungen. **Man kann nicht oft genug betonen, dass es sich dabei nicht um Einzelfälle handelt, sondern dass dies mittlerweile schon regelmäßige Fälle geworden sind.** Dies ist auch belegt durch die Erfahrungen vieler Arbeitssuchender, die sich bei Arbeitsloseninitiativen engagieren oder zu ihnen Kontakt aufgenommen haben.

Der Begriff „Arbeitsmarkt“ ist an sich absurd, weil Arbeit ein Menschenrecht ist und Menschenrechte weder käuflich, noch handelbar, noch verhandelbar sind. Der Begriff „Arbeitsmarkt“ impliziert auch, dass der Mensch zu einer „Ware“ degradiert wird. Das spiegelt sich im Erwerbsleben wider, wo Menschen sich nicht entfalten können, sondern zu „funktionieren“ haben, ohne Rücksicht auf Gesundheit, seelisches und emotionales Wohlbefinden. Götz Werner als Verfechter des bedingungslosen Grundeinkommens ar-

Der Begriff „Arbeitsmarkt“

gumentiert sogar – um ihn sinngemäß zu zitieren – dass *„es einen Arbeitsmarkt erst dann gibt, wenn man auch ‚Nein‘ sagen kann, ohne dabei auf die Erfüllung grundlegender Lebensbedürfnisse verzichten zu müssen.“*¹⁷

Der zweite Arbeitsmarkt als
teures und dequalifizierendes
Instrument

Ein Zwangsregime wie jenes des teuren und nutzlosen „zweiten Arbeitsmarktes“ ist abzulehnen. Es ist nicht einzusehen, dass Menschen, die eine höhere Ausbildung oder ein Studium haben, in sozialökonomischen Betrieben (SÖBs) oder gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten (GBPs) Hilfstätigkeiten jeglicher Art ausführen sollen, vor allem dann, wenn sie die „Voraussetzungen“ für den zweiten Arbeitsmarkt nicht erfüllen. Dazu zählen Produktivitätseinschränkungen, psychische und physische Probleme, einstige Drogenabhängigkeit oder Vorstrafen. Niemand hat viel Zeit, Energie und Geld in eine Ausbildung gesteckt, um dann ein dequalifizierendes Dasein am zweiten Arbeitsmarkt, der für eine gesetzlich klar definierte Menschengruppe bestimmt ist, zu fristen, nur, weil AMS-Berater weder beraten noch Stellen vermitteln können. **Niemand soll zu einer Arbeit, die er nicht ausführen kann oder will, gezwungen werden, weil jeder das Menschenrecht auf frei gewählte Arbeit hat.** Enno Schmidt von der Schweizer Initiative zum bedingungslosen Grundeinkommen sagt dazu in seiner Dokumentation „Grundeinkommen – Kulturimpuls“: *„Ein Recht auf zugewiesene Arbeit kann es nicht geben. Es gibt kein Recht auf Pflicht. Es gibt kein Recht darauf, gekauft zu werden. Ein Recht auf Arbeit kann nur das Recht sein zu der Tätigkeit, die jemand von sich aus will und tut. Ein solches Recht auf Arbeit braucht ein Recht auf Einkommen.“*¹⁸

Außerdem ist zu überlegen: Warum sollen ausgerechnet die Arbeitslosen auf dem „Zweiten Arbeitsmarkt“ für den „Ersten Arbeitsmarkt“ „fit“ gemacht werden? Anstatt zu fragen: Warum nicht umgekehrt? Warum nimmt der erste nicht die Teilnehmer des zweiten auf? Kann der erste dann überhaupt so gut sein, wie immer behauptet, wenn immer weniger Menschen an diesem teilhaben können? Es muss eine Abkehr vom neoliberalen Welt- und Menschenbild stattfinden, das nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa, ja global herrscht. Die Verknüpfung von „Menschsein“ als „Kostenfaktor“ und einer in diesem kruden Sinne konstruierten „Existenzberechtigung“ durch eine ökonomische „Verwert- oder Nichtverwertbarkeit“ muss schleunigst aufgehoben werden.

„Die Überqualifikation“

Die vielgepriesene und als besonders „verwertbar“ eingeschätzte Hochqualifikation und langjährige Berufs- und Lebenserfahrung mutieren in der herrschenden neoliberalen Auffassung, in der man ohnehin angeblich alles erreichen kann, wenn man sich nur gehörig anstrengt, zu „Überqualifikation“ bzw. bei Bewerbungen zur weniger offen gezeig-

¹⁷ Die Aussage von Götz Werner stammt aus dem Dokumentarfilm „Grundeinkommen – Kulturimpuls“ von Enno Schmidt und Daniel Häni von der Schweizer Initiative zum bedingungslosen Grundeinkommen. Der Dokumentarfilm ist unter der Webadresse <https://www.youtube.com/watch?v=ExRs75isitw> abrufbar.

¹⁸ <https://www.youtube.com/watch?v=ExRs75isitw> (aufgerufen am 07.10.2016)

ten Ablehnung als „zu alt“.¹⁹ Ältere, qualifizierte Arbeitslose geraten in einen Kreislauf aus Arbeitssuche, Weiterbildung und fortwährenden Bewerbungsabsagen, der besonders in der Gruppe 50+ zu Langzeitarbeitslosigkeit führt.

Langzeiterwerbsarbeitslose zu qualifizieren, wo viele mit ihrer Ausbildung oft als „überqualifiziert“ betrachtet und aussortiert werden, wird mit den derzeitigen Weiterbildungsangeboten hierzulande sehr schwer werden. Möchte sich jemand beispielsweise im Bereich der Digitalisierung oder Robotik weiterbilden, so gibt es hierzulande kaum Ausbildungsmöglichkeiten. Viele Ausbildungen sind außerdem schlichtweg überteuert und wir vertreten auch die Ansicht, dass Bildung, Aus- und Weiterbildung für alle frei zugänglich, also kostenlos, sein sollte. Den Bildungsauftrag haben die Universitäten und nicht parteinahe Institutionen um das Arbeitsmarktservice, wie beispielsweise BFI und WIFI, die in erster Linie für die Berufstätigen, die für ihre Bereiche eine Weiterbildung bzw. Spezialisierung benötigen, konzipiert sind.

Weiterbildung von Langzeitarbeitslosen und Bildungsauftrag

Viel Kritik üben wir in dieser Hinsicht auch am Arbeitsmarktservice (AMS). Mit von AMS-Beratern als „Schulungsangebote“ deklarierten Zwangsvermittlungen, die sich als dequalifizierende Maßnahmen des Zweiten Arbeitsmarkts entpuppen oder den nicht weiterqualifizierenden Motivationskursen (z.B. Jobfinding, Jobinitiative und Perspektivenweiterung, Aktiv zum Job) wird man keine Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt reintegrieren können.

Aufgrund der globalen Entwicklungen müssen nun auch die Fragestellungen und Lösungsansätze ganz anders konzipiert werden. Wie kann auch für Menschen, die aufgrund der globalen Entwicklung aus dem herkömmlichen Erwerbsprozess herausgefallen sind, ein würdiges Leben und die Teilhabe an Wohlstand und demokratischer Entwicklung ermöglicht werden? Sozialdumping und Lohndumping darf auf keinen Fall zu Lasten der Erwerbsarbeitslosen und anderer Menschen in Armut oder Armutsgefährdung gehen. **Freiheit vom AMS** wäre ein erster Schritt, mit der erwähnten schlanken Verwaltung der Versicherungsgelder (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe). **Solange es kein bedingungsloses Grundeinkommen gibt, muss es auch eine finanzielle Besserstellung bei den Erwerbsarbeitslosen geben.** 2015 betrug die durchschnittliche Höhe des Arbeitslosengelds € 29,90, die des Notstandsgelds € 24,07.²⁰ Da diese versicherungsrechtlichen Leistungen an kein Existenzminimum gebunden sind, ist eine Anhebung und Wertanpassung schon lange überfällig, denn Erwerbsarbeitslose sind auch Konsumenten. Wenn man sie nicht mehr am Erwerbsarbeitsleben teilhaben lässt oder nicht mehr teilhaben

Völlig neue Lösungsansätze erforderlich

¹⁹ Vgl. Risto-Dončević & Bugge, 2016, S. 5.

²⁰

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/sozialeleistungen_auf_bundesebene/arbeitslosenleistungen/020063.html (aufgerufen am 05.10.2016)

lassen will, dann können sie immer noch als Konsumenten agieren und so zur Wirtschaft beitragen und somit ihre gesellschaftliche Funktion erfüllen.

2.2.2 Stopp der medialen Hetze gegen Arbeitslose

Die mediale Hetze, die vor allem jedes Jahr über den Sommer gegen Langzeitarbeitslose neu entfacht wird, muss aufhören, und auch die Schuldzuweisungen, dass Arbeitslose prinzipiell selbst an ihrer Arbeitslosigkeit durch „falsche“ Berufs- oder Ausbildungswahl schuld sind. Denn einerseits liegt die Ursache vielfach bei den Unternehmen selbst, die sich aus Kostengründen ihrer Mitarbeiter oft entledigen, andererseits sind viele Ausbildungen im Laufe der Zeit durch technologische Weiterentwicklungen veraltet oder weniger brauch- bzw. anwendbar geworden. In den Medien wird auch immer wieder behauptet, dass Arbeitslosen- und Notstandsgeld zu hoch seien, weil Langzeitarbeitslose nicht bereit wären zu arbeiten, wenn die Bezahlung nur geringfügig über dem Arbeitslosen- oder Notstandsbezug liegt. Tatsächlich wollen aber Unternehmen immer weniger an Löhnen und Gehältern zahlen und mit ihren Forderungen, Arbeitslose durch die Arbeiterkammer (AK) kontrollieren zu lassen, noch mehr Lohn- und Sozialdumping betreiben. Andererseits müssten Unternehmer auch angeregt werden Arbeitsplätze zu schaffen, indem effektive Rahmenbedingungen wie sinkende Lohnnebenkosten geschaffen werden.

Mindestsicherung (BMS) als
Aufstockung ist die Regel,
nicht die Ausnahme

Da auch die Anzahl der Mindestsicherungsbezieher gestiegen ist, wovon die meisten aber nur Aufstocker sind, also so wenig verdienen, dass ein Überleben nicht ohne Mindestsicherung gewährleistet ist, ist auch eine tiefgehende Recherche notwendig, was im System nicht stimmt, dass Menschen von der Arbeit nicht mehr leben können. **Es gehören daher nicht Sozialleistungen gekürzt, sondern die Löhne auf ein Niveau erhöht, dass man davon wieder den Lebensunterhalt bestreiten kann.**

2.2.3 Lebensmittelpreise müssen in Österreich gesenkt werden

Obwohl Österreich EU-Mitglied ist, sind in keinem EU-Land die Preise für die Lebensmittel so hoch wie hierzulande. Auch hier muss etwas getan werden, dass die Lebensmittelpreise sinken und wieder „leistbar“ werden, Absprachen der Nahversorger und Diskonter gehören untersagt. Neben den Lebensmitteln und der Kleidung, sind auch Wohnungen (also „ein Dach über dem Kopf“) lebensnotwendig. Auch hier muss ein grenzenloses Ausufern der Wohn- und Mietpreise unterbunden und Delogierungen verboten werden.

2.2.4 Politiker-Gehälter sollen gekürzt werden

Es gibt außerdem eine Vielzahl von Vorschlägen vom Rechnungshof, die noch auf ihre Umsetzung warten. Geldeinsparpotenzial ist also ausreichend vorhanden. Als gutes Beispiel könnten alle Politiker vorangehen, indem sie auf ein Viertel ihres Gehaltes verzichten, genauso wie Stadträte mit “wichtigen” Doppeljobs auf einen ihrer Jobs. Die Grazer Vizebürgermeisterin Elke Kahr, die einen Teil ihres Politikergehalts spendet, um sozial bedürftigen Bürgern zu helfen, ist ein Vorbild aus der Kommunalpolitik. In anderen, viel größeren Ländern ist die Bezahlung von Politikern bei weitem nicht so hoch wie in Österreich.

2.2.5 Sozialversicherungsrechtliche Verbesserungen für Freie Dienstnehmer schaffen

Die derzeitigen SVA-Beiträge sind ebenfalls sehr hoch. Es sollten diese verringert werden oder es sollten andere Versicherungen für Freiberufler erlaubt werden, denn damit würde man das Jobwachstum signifikant ankurbeln können. Freiberufler haben meist geringe und ebenfalls prekäre Einkommen. Eine vollständige Gleichstellung soll in sozialrechtlicher Hinsicht erlangt werden, z. B. erhalten derzeit Freiberufler kein Urlaubsgeld und erst ab dem vierten Tag des Krankenstandes Krankengeld.

2.2.6 Die Wirtschaft muss an ihre Aufgaben erinnert werden

Auch die Unternehmen selbst gehören in die Pflicht genommen und sollten zu ihrer Verantwortung stehen. Ständig wird ein Fachkräftemangel beklagt, wohl um die Löhne zu drücken. Noch nie war es der Fall, dass Universitäten, Berufs- oder Fachhochschulen genau die Leute ausbilden haben können, die gerade gebraucht wurden. Firmen, Betriebe und Unternehmen wollen alles fertig auf einem schönen Silbertablett serviert bekommen. Man wird sich wieder mit dem Gedanken anfreunden müssen, dass man entsprechende Fachkräfte eben selbst ausbilden muss, um diese zu erhalten.

2.2.7 Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 30 bzw. 25 Stunden bei vollem Lohnausgleich

Solange man bei immer geringer werdenden Angebot an Vollzeitarbeitsstellen an der 38,5- bzw. 40-Stunden-Woche festhalten und Überstunden weiterhin dulden wird, solange wird sich auch an der hohen Arbeitslosigkeit nichts ändern. Wer diese Tatsache nicht akzeptieren will und die Realität weiterhin verweigert, handelt verantwortungslos und skrupellos gegenüber allen Erwerbsarbeitslosen. Durch den technischen Fortschritt, durch Automation, Robotisierung und Digitalisierung sind eine Unzahl von Arbeitsplätzen verloren gegangen und so werden auch in naher Zukunft noch sehr viele Arbeitsplätze verloren gehen.

Wochenarbeitszeitverkürzung ist unumgänglich

Die Wochenarbeitszeit muss auf 30 Stunden, und in manchen Bereichen, wo es noch viel mehr Jobanwärter und Bewerber gibt, auf 25 Stunden bei vollem Lohnausgleich verkürzt werden. Es ist natürlich einleuchtend, dass man nicht generell überall die Wochenarbeitszeit auf 30 Stunden verkürzen wird können, wie z.B. im medizinischen Bereich, außer es kommt zu einer Medizinabsolventenschwemme. Auch der technische Bereich wird nicht überall eine Wochenarbeitszeitverkürzung erlauben.

2.2.8 Bezahlung von ehrenamtlichen Tätigkeiten

Ein Ansatzpunkt wird sicher der sein müssen, den auch der amerikanische Software-Unternehmer Martin Ford vertritt. Ford (2009, S. 194) meint, *„if we cannot pay people to work, then we must pay them to do something else that has value“*. Kann man Menschen also nicht mehr für reguläre Arbeit bezahlen, dann muss man sie eben für andere sinnvolle und wertvolle Tätigkeiten entlohnen. Ehrenamtliche Tätigkeiten zählen zu sinnvollen Tätigkeiten und diese sollten auch bezahlt werden.

2.2.9 Pensionversicherungsrechtliche Anrechnung von Studien und anderen Ausbildungszeiten

Die Anrechnung von Studien- und Ausbildungszeiten

Was in unserer Gesellschaft bisher auch immer vernachlässigt worden ist, sind die Studien- und Ausbildungszeiten. Werden Studien ernsthaft betrieben, kommen diese einer Vollzeitstelle gleich. Bei einem Medizinstudium dauert die Ausbildung mindestens zehn Jahre, aber auch die meisten anderen Studien benötigen vier bis fünf Jahre an Ausbildungsdauer. Wir vertreten die Ansicht, dass Studien und Ausbildungen, die abgeschlossen werden, in die Versicherungszeit mit eingerechnet werden sollten, auch rückwirkend, um auf die entsprechenden Pensionsversicherungszeiten zu kommen. Wenn also eine Ausbildung eine Ausbildung für eine Arbeit (einen Beruf) ist, wozu wohl die meisten Studien und Ausbildungen zählen, dann sollte diese Ausbildung der Arbeit und somit der Versicherungszeit zugerechnet werden. Das Argument vertreten auch die britischen Wachstumskritiker Robert und Edward Skidelsky (2013, S. 24): *„If it [education] is training for work, as most of it now seems to be, it should count as work; if it is a preparation for the good life, it should count as leisure.“*

Studienzeiten sind sicher keine Vorbereitung für das gute Leben, sondern dienen der Berufsvorbereitung und sind daher auch nicht der Freizeit zuzuordnen. Jede Lehre, die absolviert wird, dient ebenfalls der Berufsvorbereitung, wird aber im Gegensatz zum Studium, sehr wohl den Versicherungszeiten zugerechnet. In Zeiten, in denen die Erwerbsarbeitsplätze weniger werden und die Altersarmut steigt, sollen auch Studien- und Ausbildungszeiten angerechnet werden.

3 Wertewandel und die Gestaltung unserer Zukunft: Der Weg zum bedingungslosen Grundeinkommen

Unser System muss also neu geordnet werden, weil der Zeitpunkt, an dem der Gelderwerb von der Erwerbsarbeit entkoppelt sein wird, unaufhaltsam näher rückt. Das Problem dabei ist, dass dafür ein völliger Paradigmenwechsel erforderlich ist und dass diese Fakten vielen Menschen, die das ändern könnten, noch nicht bewusst sind.

Eine Systemkrise erfordert einen Paradigmenwechsel

Die meisten Tätigkeiten stellen sinnvolle, zweckmäßige Arbeit dar und müssen deshalb geleistet werden. Diese Tätigkeiten werden oft unbezahlt und ehrenamtlich verrichtet, werden aber in der Gesellschaft trotzdem nicht anerkannt oder angerechnet, beispielsweise in Form von Pensionsversicherungszeiten. Menschen zählen nur dann etwas, wenn sie einen Erwerbsarbeitsplatz vorweisen können. Hier wird sicherlich ein **Wertewandel** stattfinden müssen, denn der Mensch lässt sich nicht auf seine Arbeit reduzieren. Es ist höchste Zeit, eine neue Epoche der Aufklärung zu schaffen: Eine Neuausrichtung im Selbstverständnis des Menschen, in seiner gesellschaftlichen Verfasstheit und in seinem Umgang mit den natürlichen Ressourcen.

Wertewandel in der Gesellschaft zur Gestaltung unserer Zukunft notwendig

Obwohl Konsumenten durch ihr Kaufverhalten das Warenangebot modifizieren können, kann der technologische Fortschritt nicht aufgehalten werden, indem man sich diesem verwehrt oder entsprechende technologische Produkte durch Nichtanschaffung zu boykottieren versucht. Die fortschreitende Technologisierung findet trotzdem statt. Der Mensch soll und muss sich mit der fortschreitenden Technologisierung (Automation, Digitalisierung und Robotisierung) anfreunden und sich darüber Gedanken machen, wie er seine Lebenszukunft (Arbeit, Erwerbsarbeitsplätze, Einkommen, Freizeit, Sozialbeziehungen) gestalten wird. Frank Bsirske ist Vorsitzender der deutschen Dienstleistungsgewerkschaft „ver.di“ und seiner Aussage zufolge sind Überwachung am Arbeitsplatz, der Kampf gegen die Altersarmut, aber vor allem **technologische Arbeitslosigkeit** und **digitale Prekarisierung**, die wesentlichen Krisenherde der kommenden Jahre.²¹ Es ist bereits zu spät, die Technologien aufzuhalten. Auch Keynes (1930) hatte schon von technologischer Arbeitslosigkeit gesprochen.

Technologische Arbeitslosigkeit und digitale Prekarisierung

Die Gesellschaft befindet sich in einer Wertekrise, weil derzeit viele Menschen scharfe Konkurrenz statt Zusammenarbeit verfolgen (freier statt fairer Markt), statt Solidarität und Nächstenliebe steht bei vielen der Egoismus und die Selbstliebe im Vordergrund, was sich in Gewinnmaximierung statt Gemeinwohlorientierung manifestiert, und in der Verwaltung besteht nach wie vor die Tendenz, Erwerbsarbeitslosen die Schuld für ihre Arbeitslosigkeit zu geben und diese dafür auch noch zu bestrafen mit Bezugssperren und

Eklatante Wertekrise

²¹ Siehe *Younited*, Mitglieder magazin der Daseinsgewerkschaft, Ausgabe Frühjahr 2016, S. 18-19.

nicht weiterqualifizierenden Kursmaßnahmen sowie mit Dequalifikation am zweiten Arbeitsmarkt.

Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE): andere Länder sorgen vor

Angesichts dieser Fakten wird in anderen Ländern schon vorgebaut. In den USA rechnet man mit mehr als 42 Prozent der Arbeitsplätze, die in den nächsten 10 bis 15 Jahren verloren gehen werden. Brasilien sieht voraus, dass in den nächsten zehn Jahren 25 Prozent der Arbeitsplätze verloren gehen werden und hat das bedingungslose Grundeinkommen bereits in der Verfassung verankert. In Finnland startet 2017 ein Pilotprojekt zum Grundeinkommen, das an 10.000 zufällig ausgewählte Sozialhilfebezieher ausgezahlt wird. Es soll untersucht werden, inwieweit dadurch der Anreiz gegeben ist, eine Teilzeitarbeit oder schlecht bezahlte Arbeit, die sonst zum Verlust der Sozialhilfe führen würde, anzunehmen. Auch die kanadische Provinz Ontario überlegt ein ähnliches Testprojekt zu starten. Wohingegen die Schweiz zwar in einer Volksabstimmung gegen das landesweite bedingungslose Grundeinkommen gestimmt, es aber dennoch an einigen Orten in einer Testphase eingeführt hat.²² Diese Beispiele stehen aber nicht für ein Grundeinkommen, das durch Bedingungslosigkeit gekennzeichnet ist. Bei allen diesen oben erwähnten Beispielen besteht hingegen die Tendenz, verschlankte und gebündelte Transferleistungen mit dem Druck eine nicht-existenzsichernde Erwerbsarbeit anzunehmen, auszus zahlen. Die Gefahr dabei ist, dass es zu einem Ausbau von Arbeitsmöglichkeiten solcher Art und somit zum Sozialdumping kommen kann. In Europa gibt es zwar einige Initiativen zum bedingungslosen Grundeinkommen, politisch findet aber vor allem in Österreich noch keine breitere Diskussion statt.

Bewusstsein für ein BGE schaffen

Auch in der Bevölkerung herrscht bei vielen Menschen noch der Gedanke, oder vielmehr der Irrglaube vor, dass bei Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens niemand mehr arbeiten würde. Dabei ist aber genau das Gegenteil der Fall. Tatjana Schnell, Begründerin der empirischen Sinnforschung an der Universität Innsbruck, ist der Ansicht, dass *„die große Mehrheit der Menschen trotzdem etwas arbeiten würde, wenn wir, um unsere Grundbedürfnisse zu befriedigen, nicht mehr arbeiten müssten. Denn ohne Arbeit ginge eine Menge an Struktur, Sinn und bedeutungsvollem Handeln verloren. Aber auch die Arbeit im grundsätzlichen Sinn von Schaffen von Werken, ist wichtig für uns. Denn der Mensch ist ein kreatives Wesen.“*²³

Das bedingungslose Grundeinkommen soll die Menschen nicht von der Arbeit befreien, sondern zur Arbeit befreien.²⁴ Das bedingungslose Grundeinkommen würde Menschen dazu verhelfen, endlich die Arbeit zu machen, die sie machen können und

²² <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/experiment-finnland-testet-das-bedingungslose-grundeinkommen-1.3136917> und <http://www.nzz.ch/wirtschaft/wirtschaftspolitik/bedingungsloses-grundeinkommen-finnland-startet-pilotversuch-ld.17575> (beide aufgerufen am 26.09.2016)

²³ <http://www.kleinezeitung.at/karriere/kompasskarriere/4197963/Jeder-Beruf-kann-als-sinnvoll-erlebt-werden> (aufgerufen am 16.09.2016)

²⁴ Vgl. dazu auch den Dokumentarfilm von Enno Schmidt und Daniel Häni „Grundeinkommen – Kulturimpuls“.

wollen, die für die Menschen sinnerfüllend und sinnstiftend ist, anstatt im viel Kosten verursachenden, aufgeblähten, administrativen Bereich der Realwirtschaft weiterhin vermeintliche Unterbeschäftigungslöcher zu füllen, die durch Automation, Digitalisierung und Robotisierung entstehen, nur um weiterhin an der Erwerbsarbeit und ihrer 40-Stunden-Woche festzuhalten, die sich bereits im kollabierenden Zustand befindet.²⁵

3.1 Schlussappell

Wenn Sie, Herr Bundeskanzler Kern, jetzt an dieser Stelle angelangt sind und alle vorhergehenden Seiten aufmerksam gelesen haben, dann haben Sie hoffentlich auch weitere Einsichten und Ideen aus unserer Argumentationsschrift und Stellungnahme gewonnen. Die Probleme, die Österreich und auch die Europäische Union haben, sind demnach multikausal. Europa befindet sich offensichtlich auf einem Irrweg und die EU muss tatsächlich wieder gerechter gemacht werden.

Der erste Schritt wird sein müssen, zu erkennen, dass es keinen Organismus – auch die Volkswirtschaften sind Organismen im übertragenen Sinne – gibt, der unbegrenzt wachsen kann. Es muss eine Abkehr vom Wachstumsdenken hin zu einem ‚Entwachsen‘ stattfinden, nicht zuletzt auch wegen der Folgen für Umwelt und Klima. Die Ressourcenvergeudung darf nicht weiterbestehen und jetzige wie auch nachfolgende Generationen gefährden. Dazu gehört auch, dass wir vom Wettbewerb Abstand nehmen werden müssen. Wettbewerb bedeutet immer ein Gegeneinander und Ausspielen von Schwächeren. Statt eines freien Marktes brauchen wir einen fairen Markt und somit keinen Wettbewerb, sondern ein Miteinander. Der Neoliberalismus benachteiligt viele Menschen, weil er im Laufe der Zeit unfaire Wettbewerbsbedingungen geschaffen hat. Die Markteintrittschancen, egal in welchem Bereich oder in welcher Branche auch immer, sind nicht mehr dieselben wie vor zwanzig Jahren, sie sind schwieriger geworden, in manchen Bereichen sogar schon unmöglich. Natürliche Marktsättigung, aber auch Technologisierung und Digitalisierung haben dazu maßgeblich beigetragen.

Vom Wachstum zum ‚Entwachsen‘

Daher ist es unverantwortlich, weiterhin davon zu sprechen, dass wir noch mehr Wachstum brauchen, und zwar jene Art von Wachstum, das alle Boote hebt und nicht nur ein paar Yachten. Wir glauben, gerade hier herrscht ein großes Missverständnis. Andrew McAfee meinte einmal, dass die Boote alle angehoben worden sind, so aber auch die Yachten, aber die Boote sind nicht alle auf dasselbe Niveau gehoben worden.²⁶ Jene Boote, die vorher schon auf einem höheren Niveau waren, sind jetzt auf einem noch höheren. Jene Boote, die vorher auf einem niedrigeren Niveau waren, haben heute ein höheres Niveau erreicht. So gesehen ist der Wohlstand für alle angehoben worden,

Welche Art von Wachstum für Wohlstand?

²⁵ Vgl. Risto-Dončević & Bugge, 2016, S. 22-23.

²⁶ Die genaue Quelle, möglicherweise ein Video auf Youtube, in der Andrew McAfee diese Metapher gebracht hatte, konnte leider nicht mehr aufgefunden werden.

jedoch nicht auf gleiche und existenzsichernde Weise. Menschen in Afrika oder China, die über entsprechende technische Mittel wie Computer, Internet und Mobiltelefon (Smartphone) verfügen, haben genauso Zugriff auf die kollaborativen digitalen Güter im Internet, die aber vielen Menschen gleichzeitig ihre einstigen Arbeitsplätze gekostet haben. Dadurch haben auch die Menschen in ärmeren Ländern beispielsweise Zugang zu mehr Wissen und Bildung. Somit hat sich so gesehen auch deren Wohlstand verbessert. Aber die meisten in unserer Gesellschaft vergessen dabei – sinngemäß nach Ray Kurzweil, einem US-amerikanischen Autoren, Erfinder, Futuristen und technischen Entwicklungsleiter bei Google – dass das Smartphone nicht unsere Miete, unsere Kleidung oder unser Essen bezahlt. Nach wie vor leben wir im Westen in einer kapitalistischen Profitökonomie anstelle einer Bedarfsökonomie.

Politische Fehlentscheidungen und Folgen

Viele politische Fehlentscheidungen – die Einführung des Euro und eine unüberlegte und rasante EU-Erweiterung – haben in den letzten zwanzig Jahren dazu geführt, dass vor allem die Elite profitiert und dass globale Entscheidungen und globale Integration von den Eliten und für die Eliten vorangetrieben wird, was zu sozialen Ungleichheiten geführt hat. Ungleiche globale Wettbewerbsbedingungen schädigen auch Volkswirtschaften, während andere durch die ungleichen Bedingungen wieder profitieren. Wettbewerb bedeutet auch, dass man grundlegende Voraussetzungen erfüllen muss, um überhaupt in diesen eintreten zu können. Gerade bei der EU-Erweiterung gibt es einige Staaten, die schon allein wegen ihrer Größe, ihrer unterschiedlichen sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Systeme in einem globalen Umfeld nicht wirklich wettbewerbsfähig sind und dies auch nicht sein können. Auch im Sport, um den Vergleich noch besser zu veranschaulichen, kann nicht jeder gegen jeden beliebig anderen antreten. Das hätte man auch vor der Erweiterung der EU überlegen sollen, aber offensichtlich wurden die Voraussetzungen einfach ignoriert.

Politik für die europäischen Bürger, nicht für Eliten, Banken und Konzerne

Der europäische Bürger muss wieder in den Vordergrund gerückt werden. Nicht Banken, Konzerne und Wirtschaftsbosse und deren Interessen dürfen vertreten werden, sondern die Interessen der Bevölkerung. Die Bevölkerung muss außerdem über den Weg zu einem bedingungslosen Grundeinkommen noch mehr aufgeklärt und richtig informiert, nicht von den Massenmedien desinformiert, werden. Denn die heutigen technologischen Fortschritte verlaufen immer schneller und haben vermehrt disruptive Wirkung. Im Gegensatz dazu verändern sich Institutionen, Regierungen, Politik, Bildungssysteme und Gesellschaften als Ganzes sehr langsam.

3.2 Keine Problemlösungen bedeuten enorme Konsequenzen

Wenn die beschriebenen Probleme und Missstände nicht gelöst werden, dann drohen entsprechende Konsequenzen. Gerade die Migrationsfrage hat die Situation in

Europa erheblich verschärft. Ein Staat wie Österreich muss dafür sorgen, dass alle, ob Einheimische, Migranten oder Asylsuchende, klare Regelungen im Zusammenleben und reale Chancen auf Entfaltung ihrer Talente und Fähigkeiten vorfinden. Das Gegeneinander-Ausspielen der einkommensschwächsten Bevölkerungsgruppen, das derzeit von einigen populistischen Politikern rhetorisch gefördert wird, ist eines modernen Staates nicht würdig und deshalb vehement abzulehnen. Macht man dies nicht, so erhöht sich die Gefahr, dass soziale Unruhen entstehen und diese Unruhen in der Folge leicht in Bürgerkriege übergehen können.

Es wäre auch ein geistiges Armutszeugnis für die Menschheit im 21. Jahrhundert, wenn man aus der Geschichte und der Vergangenheit nichts dazugelernt hat. So sehr der Mensch technologische Innovationen vorantreiben kann und vorantreibt, so sehr hinkt er bei den sozialen Innovationen nach. Viele Fehlentscheidungen auf politischer Ebene haben auch zu einer gesellschaftlichen Desolidarisierung, nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch unter den Arbeit- und Dienstnehmern, geführt. Dieser Prozess muss schleunigst eingedämmt werden.

Bibliographie

- Atkinson, Anthony Barnes. 2015. *InEquality – What Can Be Done?* Harvard University Press. Cambridge, Masschusetts.
- Atkinson, Anthony Barnes. 2016. *UnGleichheit – Was wir dagegen tun können*. Klett-Cotta. Stuttgart.
- Brandt, Torsten & Schulten, Thorsten. 2008. „Auswirkungen von Privatisierung und Liberalisierung auf die Tarifpolitik in Deutschland. - Ein vergleichender Überblick“. In: Brandt, Torsten/Schulten, Thorsten et al. (Hrsg.): *Europa im Ausverkauf. Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und ihre Folgen für die Tarifpolitik*. VSA-Verlag. Hamburg. S. 68-91.
- Brinkmann, Ulrich & Klaus, Dörre et. al. 2006. *Prekäre Arbeit: Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse*. Friedrich-Ebert-Stiftung / Gesprächskreis Migration und Integration. Bonn. <http://library.fes.de/pdf-files/asfo/03514.pdf> (Aufgerufen am 26.09.2016)
- Brynjolfsson, Erik & McAfee, Andrew. 2011. *Race Against The Machine: How the Digital Revolution is Accelerating Innovation, Driving Productivity, and Irreversibly Transforming Employment and the Economy*. Digital Frontier Press. Lexington, Massachusetts.
- Brynjolfsson, Erik & McAfee, Andrew. 2014a. *The Second Machine Age: Work, Progress, and Prosperity in a Time of Brilliant Technologies*. W.W. Norton & Company, Inc. New York.
- Brynjolfsson, Erik & McAfee, Andrew. 2014b. *The Second Machine Age: Wie die nächste digitale Revolution unser aller Leben verändern wird*. Börsenmedien. Kulmbach. [deutsche Übersetzung]
- Busch, Klaus. 1994. *Europäische Integration und Tarifpolitik: Lohnpolitische Konsequenzen der Wirtschafts- und Währungsunion*. Hans-Böckler-Stiftung/HBS Forschung. Köln.
- Busch, Klaus. 2012. „Scheitert der Euro? – Strukturprobleme und Politikversagen bringen Europa an den Abgrund“. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin. <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/08871.pdf> (Aufgerufen am 08.09.2016)
- Ford, Martin. 2009. *The Lights in the Tunnel: Automation, Accelerating Technology and the Economy of the Future*. AcculantPublishing. United States.
- Ford, Martin. 2015. *The Rise of the Robots: Technology and the Threat of Mass Unemployment*. One-world Publications. London.
- Ford, Martin. 2016. *Aufstieg der Roboter: Wie unsere Arbeitswelt gerade auf den Kopf gestellt wird – und wie wir darauf reagieren müssen*. Plassen Verlag/Börsenmedien. Kulmbach. [dt. Übersetzung]
- Galbraith, James Kenneth. 2014. *The End of Normal: the Great Crisis and the Future of Growth*. Simon & Schuster. New York.
- Galbraith, James Kenneth. 2016. *Wachstum neu denken: Was die Wirtschaft aus den Krisen lernen muss*. Rotpunktverlag. Zürich. [deutsche Übersetzung von Galbraith 2014]
- Graeber, David. 2013. „On the Phenomenon of Bullshit Jobs“. *Strike!* Magazine, 17. August 2013. <http://strikemag.org/bullshit-jobs/> (Aufgerufen am 08.04.2016)
- Graeber, David. 2015. „So many people spend their working lives doing jobs they think are unnecessary“. <https://www.theguardian.com/books/2015/mar/21/books-interview-david-graeber-the-utopia-of-rules> (Aufgerufen am 08.04.2016)
- Keynes, John Maynard. 1930. „*Economic Possibilities for our Grandchildren*“. In: Keynes, John Maynard. 1963. *Essays in Persuasion*. W.W. Norton & Company, Inc. New York. <http://www.econ.yale.edu/smith/econ116a/keynes1.pdf> (Aufgerufen am 06.09.2016)
- Piketty, Thomas. 2016. *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. C.H. Beck. München.

Rechnungshof, *Einkommensbericht 2014, Kurzfassung*.

http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/_jahre/2014/aktuelles/presse/kurzfassung_en/bund/Kurzfassung_Einkommensbericht.pdf (Aufgerufen am 04.10.2016)

Rifkin, Jeremy. 1995/2004. *The End of Work*. Penguin Books. New York.

Rifkin, Jeremy. 2004. *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft: Neue Konzepte für das 21. Jahrhundert*. Campus Verlag. Frankfurt/New York. [deutsche Übersetzung zur Neuauflage aus dem Jahr 2004]

Rifkin, Jeremy. 2014a. *The Zero Marginal Cost Society: The Internet of Things, the Collaborative Commons, and the Eclipse of Capitalism*. St. Martin's Press. New York.

Rifkin, Jeremy. 2014b. *Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft: Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus*. Campus Verlag. Frankfurt/Main.

Risto-Donvič, Stefan. 2016. *Latente Arbeit: Die unbezahlte Mitarbeit der Konsumenten und die Folgen für Gesellschaft und Erwerbsarbeit*. Verlag Aktive Arbeitslose Österreich. Wien. [Diskussionsbeitrag]

Risto-Donvič, Stefan & Bugge, Andrea. 2016. *Aktive Arbeitslose/Maßnahmenpapier Nr.02: Verbesserungen und Zielsetzungen für Erwerbsarbeitslose im AMS-Kontext – Grundsatzpapier unter Berücksichtigung der Faktoren Automation, Technologisierung, Robotisierung und Begrenztheit des Wirtschaftswachstums*. Klagenfurt/Wien. [Eingereicht bei der Volksanwaltschaft Wien]

Schneider, Martin. 2012. „Wenn prekäre Arbeit zum Normalfall wird: Ursachen, Konsequenzen und sozialetische Perspektiven“. Evangelische Akademie Bad Boll. Bad Boll. <http://www.ev-akademie-boll.de/fileadmin/res/otg/doku/120727Schneider.pdf> (Aufgerufen am 26.09.2016)

Schnell, Tatjana. 2013. „Sinn im Beruf“. <http://www.sinnforschung.org/gesellschaftsrelevant/sinn-im-beruf-2> (Aufgerufen am 16.09.2016)

Skidelsky, Robert & Skidelsky, Edward. 2013. *How Much Is Enough? – Money and the Good Life*. Penguin Books. London.

Skidelsky, Robert & Skidelsky, Edward. 2014. *Wie viel ist genug? – Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens*. Goldmann Verlag. München.

Statistik Austria. *Durchschnittliche Höhe des Arbeitslosengeld- und Notstandshilfetagatzes 1990 bis 2015*, Tabelle, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/sozialleistungen_auf_bundesebene/arbeitslosenleistungen/020063.html (Aufgerufen am 06.10.2016)

Stiglitz, Joseph Eugene. 2015. *The Great Divide: Unequal Societies And What We Can Do About Them*. W. W. Norton & Company, Inc. New York.

Stiglitz, Joseph Eugene. 2016. *Reich und Arm: Die wachsende Ungleichheit in unserer Gesellschaft*. Siedler Verlag. München. [dt. Übersetzung von „The Great Divide“]

Stiglitz, Joseph Eugene. 2016a. *The Euro: How A Common Currency Threatens The Future of Europe*. W. W. Norton & Company, Inc. New York.

Stiglitz, Joseph Eugene. 2016b. *Europa spart sich kaputt: Warum die Krisenpolitik gescheitert ist und der Euro einen Neustart braucht*. Siedler Verlag. München. [dt. Übersetzung von „The Euro“]

Weik, Matthias & Friedrich, Marc. 2014. *Der größte Raubzug der Geschichte: Warum die Fleißigen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden*. Eichborn Verlag. Köln.

Weik, Matthias & Friedrich, Marc. 2015. *Der Crash ist die Lösung: Warum der finale Kollaps kommt und wie Sie ihr Vermögen retten*. Eichborn Verlag. Köln.

Weik, Matthias & Friedrich, Marc. 2016. *Kapitalfehler: Wie unser Wohlstand vernichtet wird und warum wir ein neues Wirtschaftsdenken brauchen*. Eichborn Verlag. Köln.